

Fleischtransporter statt MiGs

Mit einem Radikal-Programm versucht die polnische Regierung, ihr Land als erstes in Osteuropa von real-sozialistischer Murks- auf freie Marktwirtschaft umzustellen.

Das beschleunigt zunächst die Inflation und verschärft die Krise. Die Regierung hofft, daß die Wirtschaft bald Trift faßt. Experten warnen vor einer Katastrophe.

Lech Grobelny hat ein Herz für die kleinen Leute. So jedenfalls schätzt er sich selber ein – der Mann im schmutzigen Pulli, der mit seinem fettigen Wuschelhaar und seinem Stoppelbart so aussieht, als hätte er kaum genügend Geld für Seife, der aber als einer der wenigen Millionäre in Polen gilt.

Grobelny ist Inhaber einer der größten privaten Wechselstuben in Warschau, besitzt ein Fotolabor und handelt mit allem, was Profit verspricht. Stolz erzählt der vielseitige Geschäftsmann, daß

lung für die Kleinen. Auch in den anderen privaten Wechselstuben Polens sind zur Zeit kleine Dollarbeträge willkommener als große.

Die Währungshändler haben Angst, auf zu hohen Dollar-Beständen sitzenzubleiben. Trotz einer galoppierenden Inflation tauschen die Polen nämlich gegenwärtig mehr Dollar in Zloty um als umgekehrt.

Normal wäre es, wenn bei raschem Kaufkraftschwund des Zloty ein Run auf Hart-Währungen einsetzen würde. Aber

drastisch fallen. Ein Unternehmen, das die Löhne dennoch so stark wie die Preise anhebt, hat hohe Strafsteuern abzuführen. Firmenzusammenbrüche und Massenentlassungen hat die Regierung quasi zum Wirtschaftsprogramm gemacht. Nach offiziellen Schätzungen werden 400 000 Beschäftigte arbeitslos; manche Experten sagen sogar drei Millionen Arbeitslose voraus.

Normal wäre es, wenn nach Verkündung solch schrecklicher Perspektiven große Streiks ausbrechen, Massende-

monstrationen veranstaltet würden. Doch von Streiks in fünf Kohlebergwerken abgesehen, die vergangene Woche ausbrachen, halten Polens Arbeiter noch still.

Noch nehmen die meisten Polen ihrer erst seit vier Monaten amtierenden neuen Führung ab, daß harte Lohneinbußen und steigende Arbeitslosigkeit unumgänglich sind. Noch glauben sie der Regierung, wenn die beteuert, daß Polens verlotterte Wirtschaft nur mit einer Schocktherapie zu heilen ist.

Mazowieckis Vorgänger Zbigniew Messner und Mieczyslaw Rakowski hatten eine Wirtschaftspolitik betrieben, als wollten sie

Polen möglichst schnell in die Pleite treiben. In den Staatsunternehmen stiegen die Löhne weit stärker als die Preise, die Löcher in den Bilanzen der Unternehmen und im Staatshaushalt wurden kurzerhand mit frischem Notenbankgeld gestopft.

Die Inflation, durch Preiskontrollen zunächst zurückgestaut, brach sich schließlich in einer gigantischen Teuerungslawine Bahn. Der Zloty mußte in den letzten drei Monaten 1989 fast wöchentlich abgewertet werden.

Mit dieser Mißwirtschaft soll nun Schluß sein. „Es ist das Ziel der Regierung“, hatte der neue Finanzminister



Bankkunden in Warschau: Stundenlange Wartezeiten vor den Schaltern

er durch den Export von Holz und den Import von Druckmaschinen kürzlich viel Geld verdiente und die Jahreswende in der Schweiz verbrachte.

Mit Engagement für die sozial Schwachen begründet er, warum er kleinen Kunden seiner Wechselstube in der Ulica Marszalkowska derzeit einen günstigeren Kurs als den Besuchern mit höheren Beträgen bietet.

Normalen Geschäfts-Gepflogenheiten würde es entsprechen, wenn der Wechselkurs mit steigenden Transfer-Summen vorteilhafter würde. Aber nicht nur Grobelny, der angebliche Freund der Schwachen, bietet Vorzugsbehand-

was ist schon normal in Polen und in diesen Zeiten? Die polnische Wirtschaft steckt in einer so tiefen Krise, daß viele Polen ihre bescheidenen Dollar-Ersparnisse plündern müssen. Der Notfall, für den sie gehortet hatten, der ist nun da.

Ausgerechnet eine von Gewerkschaftern geführte Regierung, das Kabinett des Solidarność-Mitgliedes Tadeusz Mazowiecki, hat zu Beginn des neuen Jahres ein wirtschaftspolitisches Programm in Kraft gesetzt, wie es keine Regierung im Westen den Arbeitern ihres Landes zumuten würde.

Nach dem erklärten Willen der Regierung in Warschau sollen die Reallöhne

Leszek Balcerowicz im Oktober angekündigt, „ein marktwirtschaftliches System zu errichten, ähnlich dem, wie wir es in industriell entwickelten Ländern finden.“ Und „dies muß“, so Balcerowicz weiter, „schnell erreicht werden, durch radikale Aktionen“.

Das Balcerowicz-Programm, mit dem nun Polens Wirtschaft umgekrempelt werden soll, ist ein fast wahnwitzig Kühnes Unterfangen. Es fehlen jegliche Erfahrungswerte für das, was die Polen sich vorgenommen haben: den rapiden Geldwertschwund zu stoppen und das System zugleich von einer Kommando- auf eine Marktwirtschaft umzustellen.

„Polen geht einen völlig neuen Weg“, sagt Harvard-Professor und Solidarność-Berater Jeffrey Sachs, „es ist einfach nicht bekannt, wie eine überwiegend in Staatshand befindliche Wirtschaft privatisiert werden kann.“

Fängt sich die Wirtschaft nach einem kurzen, heftigen Abschwung wieder, wie es die Polen hoffen? Oder stürzt das Land in eine katastrophale Krise, wie Kritiker des Balcerowicz-Plans warnen?

Wird Polen der Pionier sein, dem als erstem osteuropäischen Land der Sprung von real-sozialistischem Murks zu kapitalistischer Effizienz gelingt? Oder wird die Wirtschaft nach gescheitertem Experiment tiefer denn je im planwirtschaftlichen Sumpf versinken?

„Die Medikamente der Regierung sind womöglich gefährlicher als die Krankheit“, fürchtet Dombrowski von der Bauern-Solidarność, einem Bund privater Landwirte.

Zu den bitteren Arzneien, die Finanzminister Balcerowicz den Polen verabreichte, zählen neben der rigorosen



Geschäftsmann Grobelny
Zinsen von 300 Prozent geboten

Steuer bei Lohnzuschlägen vor allem stark verteuerte Kredite, die Streichung fast aller Subventionen und die Abwertung des Zloty um über 50 Prozent.

Dies alles beschleunigte den Kaufkraftverfall des Zloty in diesem Monat noch. Der Preis für Steinkohle verachtete sich, Strom wurde um 300 Prozent teurer, die Preise für die Bahn schnellten um 200 Prozent empor.

Da war der Aufschlag von 70 Prozent, um den das Warschauer Automobilwerk FSO vergangene Woche seinen Mittelklasse-Pkw Polonez verteuerte, noch bescheiden. Das technisch völlig veraltete FSO-Modell, einst von Fiat entwickelt, kostet nun 45 Millionen Zloty.

Das sind nach derzeitigem Wechselkurs zwar nur etwa 8300 Mark. Aber der Polonez ist für die Polen teurer als ein Porsche für die Bundesdeutschen. Sein Preis ist mehr als fünfmal so hoch wie der Jahreslohn eines FSO-Arbeiters.

Das staatliche Automobilwerk, das nun wie fast alle anderen Unternehmen in Polen auch den Preis seiner Produkte völlig selbstständig festsetzt, sieht sich vor ein Problem gestellt, das andere Autobauer im Ostblock bislang noch nicht kennen: Wegen des hohen Preises hat FSO erstmals Absatzschwierigkeiten.

Lieferfristen von mehr als zehn Jahren wie bei DDR-Autos gibt es beim Polonez nicht mehr. Jeder, der bei FSO mit genügend Zloty vorspricht, erhält schon am Tag darauf seinen Wagen ausgeliefert.

Viele Polen, die bereits ein Auto besitzen, können es sich nicht mehr leisten, damit zu fahren. Seit Jahresanfang haben mehr als 50 000 Pkw-Besitzer ihren Wagen abgemeldet. Selbst Betriebe motten ihre Lastwagen ein, und Bauern melden Traktoren ab, um teuren Sprit und hohe Kfz-Abgaben zu sparen.

Wie sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf einem Markt durch einen starken Preisstoß schlagartig ändern kann, zeigt sich in Polen derzeit besonders augenfällig an den Taxiständen. Am Warschauer Hauptbahnhof beispielsweise, an dem Reisende früher in langen Schlangen auf ein freies Taxi warten mußten, stehen nun die Taxis in bis zu 200 Meter langer Reihe.

Selbst bei Nahrungsmitteln hat die allgemeine Teuerung die Schlangen in den Läden und vor den Marktständen schwinden lassen. Fleisch, Wurst, Eier, Butter, Salat, Tomaten, Gemüse, ja selbst Südfrüchte wie Apfelsinen, Pampelmusen und Bananen sind ohne Warterei zu haben. Die Käufer bleiben aus.

Immer mehr Polen, vor allem den Rentnern, wird das Waren-Angebot zu teuer. „Am patriotischsten wäre es wohl, wenn ich jetzt sterbe“, schrieb eine 70jährige Rentnerin verzweifelt an Arbeits- und Sozialminister Jacek Kuroń.

Ans angebotene Rind- oder Schweinefleisch trauen sich jedoch auch manche Hausfrauen nicht heran, die noch das nötige Geld dafür haben. Seit der Freigabe des Handels mit Agrarprodukten bieten viele Bauern oder private Händler das Fleisch nicht gerade appetitlich an: Sie verkaufen es direkt vom schmutzigen Kleintransporter herunter oder von provisorischen Ständen davor.

Um den unhygienischen Freihandel in Warschau einzuschränken, will die Bauern-Solidarność einen alten Flugzeughangar der polnischen Luftwaffe in eine Fleisch-Markthalle umbauen lassen. „Statt der MiGs“, so Bauernverbandsfunktionär Dombrowski, „sollen dort Fleisch-Transporter rollen.“ Das Genehmigungsverfahren für diesen Umbau, da



Fleischverkauf in Warschau: Unhygienischer Handel unter freiem Himmel



Kohleanlieferung, Rentnerin in Polen: „Am patriotischsten wäre es, wenn ich jetzt sterbe“

gibt sich Piotr Dombrowski keinen Illusionen hin, wird sich wohl noch lange hinziehen. Und wenn die Erlaubnis dann endlich da ist, wird der Handel vielleicht wieder so reglementiert sein, daß die Halle nicht mehr benötigt wird.

Wie viele seiner Landsleute fürchtet der Agradexperte, daß alle politischen Reformansätze, daß alle privaten Initiativen in einem Wust von Bürokratie, Schlendrian, Inkompetenz und Korruption erstickt werden. Denn diese Übel, in allen real-sozialistischen Ländern wohl bekannt, gedeihen in Polen seit jeher besonders prächtig.

Das Herumreißen des Wirtschaftsrudders von Plan auf Markt ist allein schon höchst riskant; die Schludrigkeit der Verwaltung macht die Reform zu einem halbscheiterischen Manöver.

Die polnische Bürokratie gilt als ein riesiges Bermuda-Dreieck, in dem die Akten so lange zirkulieren, bis sie verschwunden sind. „Viele Verwaltungsvorgänge starten immer wieder neu“, hat der Journalist Slawomir Majman beobachtet, „weil Beamte und Antragsteller sie inzwischen vergessen haben.“

Schlendrian nicht nur in den Amtsstuben, sondern auch in den Büros der Unternehmen: Nach einer Untersuchung zweier Sozialwissenschaftler machen polnische Angestellte an einem Acht-Stunden-Tag im Durchschnitt nur zwei bis drei Stunden das, wofür sie bezahlt werden. Die übrige Zeit, die zwischen spätem Erscheinen und frühem Feierabend verbleibt, geht für Einkäufe zwischendurch und für Schwätzchen mit den Kollegen drauf.

Mehr noch als in der DDR behindert ein total verrottetes Telefonsystem den

Geschäftsverkehr. Von einer polnischen Region zu einer anderen zu telefonieren kommt einem Lotteriespiel mit sehr geringer Gewinnchance gleich.

Bei Ortsgesprächen innerhalb der Hauptstadt ist die gewünschte Verbindung oft nur über Umwege herzustellen. Will beispielsweise ein Anrufer, dessen Telefonnummer mit der Ziffer 2 beginnt, jemanden sprechen, dessen Nummer mit 6 anfängt, so kann er das nicht direkt. Die Verbindung von 2 nach 6 ist seit längerer Zeit tot. Hat der Anrufer mit der 2 einen Bekannten mit der Anfangsziffer 4, bittet er den, die 6 anzurufen. Die wählt dann schließlich die 2 an. Denn von 6 nach 2, das geht; der Kreis der Telefon-Polonaire ist geschlossen.

Noch absurder geht es zu, wenn ein Anrufer einen der wenigen Münzfernsprecher, die nicht defekt sind, benutzen will. Dafür braucht er ein 20-Zloty-Stück (etwa 0,004 Pfennig) je Ortsgespräch, aber von den drei unterschiedlich großen 20-Zloty-Münzen, die zur Zeit im Umlauf sind, paßt nur das mittlere in den Apparat.

Ausgerechnet diese Münze, die schon seit längerem nicht mehr geprägt wird, ist besonders knapp. So verkaufen Postler, die den Geldspeicher der Fernsprecher leeren, die begehrten Münzen gegen Aufpreis weiter. Die Käufer der Münzen postieren sich dann neben besonders häufig benutzten Fernsprechern, etwa auf Bahnhöfen oder Flughäfen, um Anrufern, die kein passendes Geldstück haben, zu Diensten sein zu können. Gegen Herausgabe von zwei oder drei Hundert-Zloty-Scheinen ist das 20-Zloty-Stück zu haben.

Chaotisch geht es auch im übrigen Postdienst zu. Weil die Briefträger besonders mies bezahlt werden – das Grundgehalt nach 15 Jahren Dienst beträgt nur kümmerliche 124 000 Zloty (etwa 23 Mark) monatlich –, gibt es zu wenige Postzusteller. So müssen die Kunden zum Postamt gehen, um zu fragen, ob eine Sendung für sie angekommen ist. Das wiederum blockiert die Arbeit in den Ämtern – stundenlange Wartezeiten vor den Schaltern sind das Ergebnis dieses Irrwitz-Systems.

Geradezu steinzeitlich arbeiten auch die wenigen Geldinstitute Polens. Zahlungsvorgänge werden dort meist noch handschriftlich auf Karteikarten eingetragen. Immer wieder kommt es vor, daß Unternehmen ihr Löhne nicht rechtzeitig auszahlen können, weil die Bank das Geld nicht bereit hat.

Völlige Erstarrung ist auch das wesentliche Merkmal des polnischen Arbeitsmarkts. Ein Pole, der eine Stelle in einem Staatsunternehmen ergattert hat, betrachtet den Job als Lebensstellung. Er wechselt allenfalls, wenn der neue Job näher bei der Wohnung liegt.

Vor allem die erdrückende Wohnungsnot macht Polens Erwerbstätige fast völlig unbeweglich. Wer nach oft jahrzehntelanger Wartezeit endlich aus der viel zu kleinen Wohnung der Eltern in eine eigene Bleibe ziehen kann, denkt nicht im Traum daran, einen Arbeitsplatz in einer anderen Stadt anzunehmen. Dort müßte er ja erneut auf Wohnungssuche gehen.

Etwa 1,5 Millionen Wohnungen fehlen in Polen. Und das Problem wird sich noch verschärfen. Ohne die bisher üblichen Subventionen wird der schon 1989

um 20 Prozent geschrumpfte Wohnungsbaudieses Jahr wohl auf den tiefsten Stand seit Jahrzehnten fallen.

Eine überbordende Inflation, eine marode Verwaltung, eine zerrüttete Arbeitsmoral und Tausende unrentabler Staatsbetriebe – polnische Ökonomen wie etwa der Warschauer Wirtschaftsprofessor Pawel Bozyk warnen, daß unter solchen Horror-Bedingungen ein marktwirtschaftliches Crash-Programm geradewegs in die Katastrophe mündet.

„Man kann nicht die Marktwirtschaft einführen“, sagt Bozyk, „wenn es an allem, aber auch an allem fehlt – an moderner Technik, an Kapital, tüchtigen Managern und disziplinierten Arbeitern.“

Bozyk schätzt, daß 40 Prozent der Industrie-Unternehmen geschlossen werden müssen, wenn die Regierung ihren Kurs tatsächlich beibehält. Die Unternehmen, die fast alle an großzügige Zuschüsse und einen abgeschotteten Markt gewöhnt sind, werden vor allem unter dem Druck der Auslandskonkurrenz zusammenbrechen, die nun fast ungehindert in Polen verkaufen darf.

Nur durch eine noch stärkere Abwertung des Zloty, die Auslandsprodukte in Polen teurer macht, oder durch höhere Zölle würde dieser Importdruck abgeschwächt. Doch die Regierung will den Zloty-Kurs möglichst bis Ende März stabil halten, damit nicht verteuerte Importe als Treibsatz für eine neue Preisrakete wirken.

Schon die Preisexplosion zu Beginn dieses Monats war stärker, als die Regierung erwartet hatte. „Manche Unternehmen haben ihre Preise über alle vernünftigen Grenzen hinaus erhöht“, zürnt Außenhandels-Staatssekretär Janusz Kaczurba.

Die Reformer hatten übersehen, daß in einem noch nicht auf Wettbewerb umgestellten System wie dem polnischen vor allem die großen, besonders unwirtschaftlichen Monopolunternehmen von einer Freigabe der Preise profitieren. Die Monopolisten nutzen prompt die marktbeherrschende Position, um ihre Preise in diesem Monat besonders stark anzuheben.

Professor Bozyk mahnt daher: „Wenn in einer Wirtschaft, die noch zu über 90 Prozent in Staatshand ist, alle Preiskontrollen aufgehoben werden, führt das zu pathologischen Resultaten.“

Vorsichtige Reformer wie Bozyk plädieren für einen behutsamen Umbau. Das Land brauche noch 10 bis 15 Jahre, sagt der Theoretiker, bis es für die Marktwirtschaft reif sei.

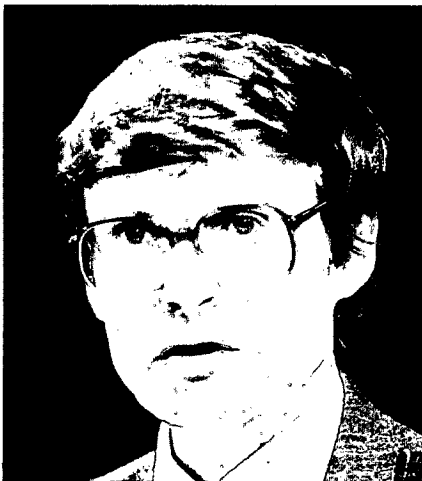
Flinken Geschäftemachern wie dem Geldwechsler Grobelny dagegen sind die Reformen noch nicht radikal genug. „Wie soll ich hier Firmen aufbauen“, klagt er in seinem kleinen, schmuddeligen Büro, in dem er – angeblich aus Sicherheitsgründen – ständig hinter geschlossenen Vor-

hängen hockt, „wenn ich bei Geschäftsreisen im Ausland nur einen täglichen Spesensatz von 40 Mark vom Finanzamt zuerkannt bekomme?“

Durch Zeitungsanzeigen hatte Grobelny in den vergangenen Monaten bei polnischen Sparern 13 Milliarden Zloty (etwa 2,4 Millionen Mark) zu Zinsen von 180 bis 300 Prozent im Jahr eingesammelt. Mit dem Geld wollte er fünf kleine Produktionsbetriebe aufbauen.



Ministerpräsident Mazowiecki



Finanzminister Balcerowicz

Polnische Wirtschaftsreformer „Dies ist wohl die härteste Zeit“

Aber das lohne sich nach dieser halbherzigen Reform noch nicht, sagt er.

Auch sein Geldwechsel-Geschäft läuft seit Beginn des Jahres nicht mehr so gut. Durch die starke Abwertung des Zloty bieten die offiziellen Wechselkassen in den Banken und den großen Hotels nämlich erstmals mehr Zloty je Dollar oder Mark als die seit dem Frühjahr 1989 zugelassenen privaten Wechselstuben oder die Straßenhändler.

Dennoch hat Grobelny noch 1200 Kunden täglich, die im Schnitt 37 Dollar tauschen. An den sieben Kassen seines Kontors werden die Kunden prompt bedient. In den Banken dagegen müßten

sie stundenlang anstehen, und in den Hotels dürfen nur Ausländer tauschen.

Finanzminister Balcerowicz, der es weder Theoretikern wie Professor Bozyk noch Praktikern wie Grobelny recht macht, weiß, was er dem bitterarmen polnischen Volk zumutet.

„Dies ist wohl die härteste Zeit, die das polnische Volk nach dem Krieg durchmacht“, räumt er ein, „aber wenn wir diese schwierige Phase überstanden haben, können wir die Art von Wirtschaft aufbauen, die wir uns alle für Polen wünschen.“

— Abrüstung —

Bedrohliche Ungewißheit

Schneller, als es die Wiener Verhandlungen erlauben, wollen Ost und West militärische Lasten loswerden.

In Stahnsdorf bei Potsdam geschah Unerhörtes: Vor laufenden West-Kameras verweigerten DDR-Soldaten den Befehl. Angehörige des motorisierten Schützenregiments „Arthur Ludwig“ der Nationalen Volksarmee (NVA) teilten ihren Vorgesetzten mit, sie würden an einem überraschend angesetzten Manöver mit Truppen der sowjetischen Bruderarmee nicht teilnehmen.

„Für solche Schauveranstaltungen“, so der Soldatenrat, wollten die Volksarmisten sich „nicht mehr hergeben“ und drohten mit Streik. Ein Sprecher: „Kein einziger Soldat steht moralisch hinter der Übung.“

Die Offiziere riefen nicht, was in Westarmeen längst geschehen wäre, Militärpolizisten, um die Aufrührer vor ein Militärgericht zu bringen. Vielmehr bekannte einer der ratlosen Chefs auf die Frage, ob das Manöver am Widerstand der Soldaten scheitern könnte: „Ich glaube schon.“ Die Verweigerung seiner Einheit „mit Brachialgewalt“ zu beantworten kam ihm gar nicht in den Sinn: „Das ist dann keine Übung mehr.“ Der Offizier gab sich, undenkbar für einen Bundeswehr-Kollegen in ähnlicher Lage, verhandlungsbereit: „Wir müssen hier den Konsens finden.“

Jahrzehntelang hatte sich die NVA mit stocksteifen Ehrenwachen unter blankem Helm und blitzendem Bajonett als der eigentliche Erbe des preußischen Militarismus präsentiert. Nun haben die Muster-Militärs des Ostens mit ihren Kameraden gleichgezogen. Auflösungserscheinungen verzeichnen auch alle anderen Armeen des Warschauer Paktes.

Verblüfft registrierten die ranghöchsten Militärs der Nato, die sich vorige